Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 7-8

Artikel: Zur politischen Lage in Deutschland
Autor: Müller, Karl H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335708

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

genügender Menge vorhanden sind, wird man vergeblich an die Moral des Geschäftsmannes, des Beamten, des Bauern und des Arbeiters appellieren. Ob ein solcher einigermaßen normaler Zustand aber innerhalb der heutigen deutschen Grenzen, bei einer Bevölkerungsdichte von 220 Menschen auf den Quadratkilometer (gegen 136 vor dem Kriege), einer äußerst ungünstigen Altersgliederung, einem katastrophalen Gesundheitszustand, einer nicht nur materiell zerstörten, sondern auch in ihren organischen Zusammenhängen völlig zerrütteten Wirtschaftsgrundlage überhaupt jemals erreicht werden kann, das wird erst die Zukunft erweisen. So indessen, wie die Dinge heute liegen, erscheint eine echte Lösung des deutschen Problems nur möglich im Rahmen einer gesamteuropäischen Regelung. Der Beitrag, den Deutschland hierzu liefern könnte, wird von deutscher Seite meist weit überschätzt, wie ja auch die Vorstellung, daß die ganze Welt sich um Deutschland bemühen müßte, noch weit verbreitet ist. Fast scheint es so, als komme dieser Illusion die Rolle einer Art von «List der Vernunft» zu, geeignet, ein Absinken in völlige Apathie zu verhindern oder wenigstens noch eine Zeitlang aufzuhalten.

KARL H. MÜLLER

Zur politischen Lage in Deutschland

Berlin, Ende Juni 1947.

Die im Laufe des letzten Jahres in allen Besetzungszonen durchgeführten Gemeinde- und Landtagswahlen ermöglichen eine vorläufige Beurteilung des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland. Es muß jedoch sogleich ausdrücklich betont werden, daß die deutschen Wahlergebnisse nicht mit dem gleichen Maß gemessen werden dürfen wie die echt demokratischer Länder. Die neue deutsche Demokratie, sofern man von einer solchen überhaupt schon sprechen kann, ist zunächst eine rein formelle und sie lebt noch von der Gnade (oder Ungnade) der Besetzungsmächte. Nicht nur die Parteienbildung ist von der Genehmigung der Militärregierung der jeweiligen Zone abhängig, sondern auch die Wirksamkeit der zugelassenen Parteien, und in noch stärkerem Maße unterliegt die Tätigkeit der Regierungen, Landräte, Bürgermeister usw. einer mehr oder weniger scharfen Kontrolle und Lenkung. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland ist es also nicht abwegig, sondern sogar notwendig, sich gelegentlich die Frage vorzulegen, wie wohl alles wäre, wenn es keine Besetzung gäbe.

Das politische Bild, das sich auf Grund der Wahlergebnisse ergibt, ist verhältnismäßig einfach und übersichtlich. In der englisch-amerikanischen Zone halten sich SPD und CSU bzw. CDU (Christlich-Soziale Union bzw. Christlich-Demokratische Union, die, da nicht einseitig konfessionell gebunden, nicht mit dem früheren Zentrum identisch sind, sondern ein allgemeines bürgerliches Sammelbecken darstellen) im Gesamtdurchschnitt der Länder ungefähr die Waage; die Splitterparteien, KPD, Demokraten, Zentrum usw., fallen nicht ins Gewicht. In der französischen Zone verfügt die Union über eine knappe Mehrheit, die SPD über einen guten Viertel der Wähler. In der russischen Zone führt die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, hervorgegangen aus der vorwiegend unfreiwilligen Vereinigung der SPD mit der KPD) mit rund der Hälfte der abgegebenen Stimmen, auf die CDU entfallen rund 25 und auf die Demokraten rund 20 Prozent (die SPD ist in der russischen Zone nicht zugelassen).

Betrachtet man das derzeitige politische Kräfteverhältnis Westdeutschlands, so überrascht es vor allem, daß sich die überwiegende Mehrheit der Wähler für die beiden großen gemäßigten Parteien entschied und trotz der ungeheuren Notlage dem Radikalismus eine klare Absage erteilt hat. Oberflächliche Beobachter glauben hieraus auch den Schluß ziehen zu können, daß das deutsche Volk politisch «gereift» und fähig sei, eine echte Demokratie aufzubauen. Derartige Folgerungen sind aber, wenn auch im Augenblick nicht gefährlich, so doch voreilig und unüberlegt. Zwei entscheidende Momente werden jedenfalls übersehen. Der Rechtsradikalismus hat zurzeit überhaupt keine Möglichkeit, sich auf legale Weise und in organisierter Form zur Geltung zu bringen; er findet allerdings, wie noch gezeigt werden wird, in der politischen Agitation der legalen Parteien eine durchaus ansprechende ideologische Heimat. Der Linksradikalismus alter Prägung, vertreten durch die KPD, ist zunächst hoffnungslos diskreditiert. Die Disziplinlosigkeit der Roten Armee in den ersten Wochen und Monaten der Besetzung, die Berichte von aus Rußland heimkehrenden Kriegsgefangenen sowie von Flüchtlingen aus der Ostzone, die russische Reparationspolitik, insbesondere die Deportation von Fachleuten, das diktatorische und brutale Vorgehen der SED, das alles hat der Ausbreitung kommunistischer Ideen in Deutschland schweren Abbruch getan. Das braucht natürlich nicht immer so zu bleiben, denn der Durchschnittsdeutsche ist bekanntlich politisch außerordentlich labil. Unter Umständen kann es einmal auch zur Bildung einer neuen, von Rußland unabhängigen linksradikalen Bewegung kommen, wenngleich bisher keinerlei Anzeichen dafür vorhanden sind.

Obgleich die Wahlen in den drei westlichen Zonen in einwandfreier demokratischer Weise durchgeführt worden sind, kann man ihren Ausgang doch nicht als getreues Spiegelbild der politischen Meinungsbildung der deutschen Wähler ansehen. Die entscheidende Frage, ob die Wahlergebnisse auch tatsächlich die *wahre Gesinnung* des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen, läßt sich natürlich mit absoluter Sicherheit nicht beantworten, aber Zweifel darüber sind auf jeden Fall mehr als berechtigt. Es soll hier nicht versucht werden, an Dutzenden und Hunderten von kleinen Einzelbegebenheiten zu zeigen, wie wenig sich der Durchschnittsdeutsche in den letzten zwei Jahren im Grunde seines Wesens verändert hat (was übrigens für den wissenschaftlichen Soziologen keine Überraschung bilden dürfte), denn man könnte dem mit Recht entgegenhalten, daß es nicht angängig sei, anhand von noch so vielen Teilbeobachtungen auf das große Ganze zu schließen. Zuverlässige Anhaltspunkte über die Gesinnung breitester Volksschichten dürften sich aber wohl gewinnen lassen, wenn man untersucht, auf welchen besonderen ideologischen Grundlagen die Massenbasis der großen Parteien in der Hauptsache ruht.

Jede politische Richtung vertritt bestimmte gesellschaftliche Interessen. Grob gesprochen kann man die CDU/CSU als bürgerlich-konservativ und die SPD als fortschrittlich-reformistisch bezeichnen. In wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht bestehen zwischen den beiden Tendenzen im Grunde die gleichen Gegensätze und Auseinandersetzungen wie sie in demokratischen Ländern allgemein üblich sind. Es geht dabei um Fragen der Besitz- und Lastenverteilung, der Entlöhnung der Arbeitnehmer, der Sozialversicherung, der Schulreform usw. Erhebliche Differenzen ergeben sich vor allem in der Frage der Entnazifizierung, weil die bürgerlichen Schichten naturgemäß ungleich stärker und unmittelbarer belastet sind als die Arbeiterschaft und daher eine radikale Lösung zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern trachten. In einem Punkte aber herrscht eine erstaunliche Übereinstimmung und eine weitgehende Gleichartigkeit des Vorgehens. In außenpolitischer Beziehung oder, da man von einer deutschen Außenpolitik im strengen Sinne noch nicht sprechen kann, in bezug auf Deutschlands Stellung in der Welt und zur Welt gibt es, von Einzelpersonen, einigen Presseorganen und kulturpolitischen Vereinigungen abgesehen, keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Alle Parteien vertreten in Presse, Rundfunk, öffentlichen Versammlungen usw. konsequent den Standpunkt, daß dem deutschen Volke schweres Unrecht zugefügt werde (die KPD beschränkt ihre Kritik selbstredend ausschließlich auf die Westmächte), und es spricht für die demokratische Toleranz der west-

lichen Besatzungsbehörden, daß diese Agitation, die sich keineswegs nur gegen Rußland richtet, geduldet und nur in ganz krassen Fällen unterbunden wird. Im übrigen sind die Argumente, deren man sich bedient, keine böswilligen Erfindungen oder Verdrehungen, sondern im großen und ganzen handelt es sich dabei um an sich objektive Tatsachen. So zum Beispiel, wenn ausgerechnet wird, daß bei Berücksichtigung aller Faktoren — Beschlagnahme der Auslandsguthaben und Edelmetallbestände, Gebietsabtretungen im Osten, Freigabe der deutschen Patente und Betriebsmethoden, Demontagen, Reparationen aus der laufenden Produktion, Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen, Requisitionen, Besetzungskosten, stiller Ausverkauf usw. — ein schwindelnder Milliardenbetrag zustandekommt. Oder wenn dagegen protestiert wird, daß Millionen von Kriegsgefangenen, darunter 20 000 bis 30 000 weibliche Wehrmachtsangehörige, noch immer auf ihre Entlassung warten (wobei das Verschwinden von schätzungsweise ein bis zwei Millionen Gefangenen in Rußland ein besonders dunkles Kapitel bildet); wenn festgestellt wird, daß die neue Grenzziehung im Osten und Ausweisung der Deutschen aus den abgetrennten Gebieten die Lebensfähigkeit Deutschlands noch weiter vermindert, daß die Uneinigkeit unter den Alliierten die wirtschaftliche Erholung Deutschlands verhindert, und schließlich, daß das deutsche Volk zu einem langsamen Hungertode verurteilt ist, wenn die übrige Welt sich nicht zu tatkräftiger Hilfe entschließt. In bezug auf die Schuldfrage wird ins Treffen geführt, daß das Ausland sich mitschuldig gemacht habe, indem es durch Gewährenlassen und zum Teil sogar durch indirekte Unterstützung die schnelle Konsolidierung des nationalsozialistischen Regimes ermöglichte (dies wurde kürzlich von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Bayerns, Dr. Högner [SPD], in einem Artikel in der «Frankenpost» in aller Breite erörtert).

All diese kritischen Meinungsäußerungen werden natürlich vom Durchschnittsdeutschen begierig aufgenommen. Es ist gar kein neuer Nationalismus, dem man in Deutschland schon wieder auf Schritt und Tritt begegnet, sondern der altbekannte; nur sein Gewand ist im Sturme der Zeiten noch schäbiger geworden. In fast allen deutschen Herzen lebt der Mythos des «Deutschland, Deutschland über alles . . .» weiter, von der unausgesprochenen Sehnsucht bis zum offenen Chauvinismus. Das Neue daran ist höchstens, daß der Nachkriegsdeutsche einen, wie ihm scheint, begründeten Rechtsanspruch darauf erhebt, daß die übrige Welt ihn unterstütze. In dieser Haltung wird er noch bestärkt durch die erfreulicherweise sehr zahlreichen ausländischen Stimmen, die sich für großzügige Hilfe an Deutschland einsetzen. Dem Durchschnittsdeutschen geht einfach das Gefühl dafür ab, daß es sich hier um Zeugnisse eines huma-

nitären Empfindens handelt, wie sie Deutschland in der Vergangenheit meist leider hat vermissen lassen. Wie viele Deutsche haben während des Krieges an das hungernde Griechenland und an das verwüstete Rußland auch nur gedacht?!

Es wäre die Aufgabe der SPD gewesen, dem spontanen nationalistischen Gefälle einen Damm der historischen Wahrheit entgegenzusetzen, der vielleicht eine, wenn auch langwierige, so doch schließlich erfolgreiche Lenkung und Umleitung der nationalen Energien ermöglicht hätte. Diese Chance ist zunächst einmal verspielt worden. Auf diesen schweren Vorwurf kann die SPD natürlich zweierlei erwidern. Einmal, daß es durchaus gerechtfertigt sei, im Namen der allgemeinen Menschlichkeit gegen Unrecht, von wem immer es komme und gegen wen immer es gerichtet sei, zu protestieren, zum andern, daß man von ihr nicht verlangen könne, auf die Herausstellung von objektiven Tatsachen zu verzichten, die in der Propaganda der andern Parteien eine überragende Rolle spielen, daß das darauf hinausliefe, das politische Kampffeld freiwillig zu räumen. Aber so einleuchtend beides auch klingt, vom Standpunkt der unbestreitbaren Notwendigkeit aus betrachtet, das deutsche Volk auf einen neuen und besseren Weg zu bringen, ist es zweifellos falsch. Zu Appellen an das Weltgewissen haben nur ganz wenige Deutsche ein wirkliches Recht, im Grunde nur diejenigen, die nachweislich aktiven Widerstand geleistet haben. Das trifft natürlich für die meisten führenden Persönlichkeiten der SPD zu, und wenn sie ihre berechtigten Beschwerden an die Besatzungsmächte, an ausländische sozialistischen Parteien, an ausländische Staatsmänner und geeignete internationale Körperschaften richteten, so wäre dagegen gar nichts einzuwenden. Diese agitatorische Kritik aber in aller Ausführlichkeit und unmittelbar dem deutschen Volk selbst vorzutragen, ist auch mit dem Hinweis auf mögliche Wahlstimmenverluste nicht zu entschuldigen. Die deutsche Sozialdemokratie hat schon immer eine starke Neigung zum ideologischen Opportunismus an den Tag gelegt, und dieser ist ihr, wie die geschichtliche Erfahrung anschaulich zeigt, sehr schlecht bekommen. Der bewußte Verzicht auf billige Agitationsmittel würde zweifellos eine schwerwiegende politische Entscheidung bedeuten, er hätte aber des weltanschaulichen Prinzips wegen gewagt werden sollen. Welch geringes wirkliches Gewicht einem «Koloß auf tönernen Beinen» im Grunde zukommt, haben die Jahre 1914, 1918 und 1933 wohl zur Genüge bewiesen . . .

Die beklagenswerte ideologische Richtung, die die neue politische Entwicklung in Deutschland angenommen hat, wird solange, wie Deutschland besetzt bleibt, keine nennenswerten praktischen Auswirkungen zeitigen. Was

aber einmal eintreten wird, wenn das politische Leben von jedem äußeren Zwang befreit ist, daran kann der klar- und weitblickende Betrachter nur mit Schaudern denken. Es bleibt zu hoffen, daß Deutschland bis dahin in einem gesamteuropäischen politischen Gebilde aufgegangen sein wird und daß seine Kräfte und Fähigkeiten einem größeren Ganzen werden dienen können.

Wenn hier die Erörterung der politischen Lage in West- und Ostdeutschland getrennt vorgenommen wird, so nur deshalb, weil die Politik der Besetzungsmächte erhebliche Verschiedenheit aufweist, und nicht, weil etwa das Endergebnis in bezug auf die deutsche Geisteshaltung ein anderes ist. Während in Westdeutschland Parteienbildung und Wahlen fast ohne jede Beeinflussung von seiten der Besetzungsmächte vor sich gehen, war in der russischen Zone von vornherein das Bestreben festzustellen, die KPD bzw. SED zur stärksten Partei und zum eigentlichen Träger der Staatsgewalt zu machen. Die Berliner Wahlen im Oktober vorigen Jahres, die sich auf Grund der interalliierten Kontrolle in voller Freiheit vollziehen konnten, haben aber deutlich gezeigt, daß sich die allgemeine politische Tendenz von der des Westens nicht grundlegend unterscheidet (SPD: 49 Prozent, CDU: 22 Prozent, SED: 20 Prozent, LDP, Liberal-Demokratische Partei: 9 Prozent der Stimmen). Der große sozialdemokratische Vorsprung bedeutet nämlich nicht, daß die Mehrheit der Berliner sozialdemokratisch ist, sondern muß im wesentlichen darauf zurückgeführt werden, daß die SPD der stärksten Behinderung durch die russische Besetzungsmacht ausgesetzt war und daher in den Augen der Wähler am eindeutigsten als antirussische und antikommunistische Opposition par excellence in Erscheinung trat. In der russischen Zone kommt die antirussische und antikommunistische Haltung der Wähler vor allem darin zum Ausdruck, daß in vielen früher traditionell «roten» Industriebezirken bürgerliche Mehrheiten vorhanden sind, weil viele Sozialdemokraten es vorzogen, einer der beiden bürgerlichen Parteien ihre Stimme zu geben. Groteskerweise stellt die SED eigentlich eine Agrarpartei dar, denn ihr zahlenmäßiges Übergewicht bestreitet sie im wesentlichen aus den ländlichen Bezirken, wo die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien starken Beschränkungen unterliegt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wirklich freie Wahlen in der russischen Zone (bei Zulassung und ungehinderter Betätigung der SPD) ein Ergebnis brächten, das ungefähr dem Berliner, beziehungsweise dem westdeutschen Durchschnitt entsprechen würde. Wie die Dinge zurzeit liegen, verfügt die SED als inoffizielle «Staatspartei» über alle Möglichkeiten, von der materiellen Korruption bis zur direkten Einschüchterung, um ihre Position zu konsolidieren und ständig auszudehnen.

In ihrer außenpolitischen Agitation unterscheidet sich die SED insofern von den großen Parteien Westdeutschlands, als ihre Angriffe ausschließlich gegen die westlichen Alliierten gerichtet sind und Rußland als leuchtendes Vorbild in jeder Beziehung hingestellt wird. Im Endeffekt ergibt sich allerdings das gleiche Resultat. Die Herabsetzung der Westmächte fällt auf fruchtbaren Boden, Rußland selbst aber beurteilt der Durchschnittsdeutsche der russischen Zone nach den Maßnahmen und Taten der sowjetischen Besetzungsbehörden und der SED. So ist die ideologische Einheit Deutschlands bis heute gewahrt geblieben, und der Gegensatz zwischen Ost- und Westdeutschen beschränkt sich lediglich auf die amtierenden Minister. Hier wie dort betrachtet man die Besetzungsmächte mit einem Gemisch von Haß, Verachtung und überheblicher Ironie und ist von der eigenen (letzten Endes «rassisch» bedingten!) Überlegenheit mehr denn je überzeugt. Mit den ohnehin schon äußerst diskreditierten Begriffen Demokratie und Sozialismus wird alles verbunden, was es heute in Deutschland an Mißständen gibt. Die angeblich in allen Zonen erfolgreich durchgeführte Entnazifizierung (über deren Mängel, die in den einzelnen Zonen verschiedener Art sind, sehr viel zu sagen wäre) hat bisher nur Personen, nicht aber die Gesinnung erfaßt. Derartiges äußert man heute schon wieder am besten nur im vertrauten Kreis . . .

Muß der deutsche Fall demnach als hoffnungslos angesehen werden? Die Beantwortung dieser Frage hängt von dem Standort und dem Temperament des Betrachters ab. Da Deutschland glücklicherweise auf lange Zeit hinaus keine Gelegenheit haben wird, seine immanenten Aggressionen praktisch wirksam werden zu lassen, besteht zumindest die negative Möglichkeit, daß sie sich allmählich totlaufen werden. Und wer sich den Kampf um den menschlichen Fortschritt zur Lebensaufgabe gemacht hat, wird ungeachtet der trostlosen Verhältnisse nicht aufhören, die Wahrheit zu verbreiten, wo immer er nur kann.